

Die Frage des Selbstbestimmungsrechtes im Vorarlberger Landtag.

-er. Bregenz, 6. Dez. 1919.

Die Frage des Selbstbestimmungsrechtes beschäftigt schon seit mehr denn einem Jahre das Volk Vorarlbergs, und es ist kein Wunder, wenn das Volk in den letzten Tagen seine Abgeordneten durch viele Tausende Unterschriften ersuchte, zu dieser für das Volk überaus wichtigen und bedeutsamen Frage Stellung zu nehmen. Heute kam die Frage im Landtag zur Sprache und wurde in einer sechsstündigen Sitzung eingehend behandelt. Wohl noch nie war die Galerie des Hauses so dicht besetzt wie diesmal, und allgemeines Interesse an den Verhandlungen machte sich bemerkbar. Berichterstatter in dieser Frage war Landeshauptmann Dr. Endert. Er schilderte den Verlauf der Bewegung. Das Volk will:

1. Die Selbstverwaltung und hat den Zentralismus.
2. Es verlangt Garantien für die Erhaltung der Ruhe und Ordnung und muß bemerken, daß in Wien neben der Regierung noch andere Gewalten sind, und
3. es will von einem Staatswesen weg, das ihm nicht die Lebens- und Erwerbsmöglichkeiten bieten kann.

Es gibt Leute, die meinen, mit der Entwertung unseres Geldes werde der Kapitalismus praktisch vernichtet, er erblickt hierin nur eine Vernichtung des Volkes. Redner bespricht eingehend die Rede des Bundesrates Calonder, der als Vertreter der Regierung zu Schweizern gesprochen habe.

Im Volke herrsche die Meinung, man wolle sich heute schon von Deutschösterreich lösen und wolle zur Schweiz. Der Landesrat gehe nicht so weit, weil er die Verantwortung nicht tragen kann, da müsse das Volk einig sein. Es werde vorschlagen, bei der deutschösterl. Staatsregierung die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes zu verlangen und alle Vorlehrungen zu treffen, wenn das Land in die Lage kommen sollte, von diesem Rechte Gebrauch zu machen. Die Wiener Regierung sei entgegengekommen, es liege ein Telegramm Dr. Renners vor, daß die Regierung keinem gesetzlichen Vorgang den Weg versperrt und sich anerbietet, einen eventuellen Antrag an den Obersten Rat und den Völkerbund zu leiten.

In der Diskussion sprach L.-H. St. Preiß (Sozialb.) gegen das Selbstbestimmungsrecht der Länder; wenn Vorarlberg aber beste Teil des Reiches weggehe, dann sei der Anfang zum Zerfall von Deutschösterreich gemacht. Man habe die Anschlußfrage zu einer Magenfrage gemacht, die Schweizer aber wollen die Vorarlberger nur aus annexionistischen Gründen. Redner



wehrt sich gegen den Anschluß an die Schweiz, seine Partei lehne die Verantwortung ab. Schließlich meinte er, falls wir zur Schweiz kommen, sei niemand da, der für die Invaliden, Witwen und Kriegerweisen sorge.

Landesrat Meier (christl.-soz.) stellt den Antrag, falls man auf unsere Wünsche nicht eingehe, sei der Landesrat zu ermächtigen, das Begehrn nötigenfalls selbst vorzubringen.

Dr. Zumtobel (deutschfr.) ergeht sich in starken persönlichen Angriffen auf Landeshauptmann Dr. Ender und die führenden Leute in der Anschlußbewegung und gegen Bundesrat Calonder, und ist der Meinung, durch den Frieden von St. Germain sei die Anschlußfrage erledigt.

Landesrat Loser (christl.) bespricht die Hilfsbereitschaft der Schweiz schon vor der Anschlußbewegung. Die Frage des Selbstbestimmungsrechtes sei keine Parteisache, sondern Gemeingut des Volkes. Die Verfassung des Landes ist eine demokratische; nach § 3 müsse in Verfassungsfragen eine Volksabstimmung stattfinden.

Hermann Hermann (Nationalrat, Soz.) nimmt gegen den Anschluß an die Schweiz Stellung und bezeichnet es als Schuld der bürgerlichen Presse (und Dr. Bauer?), daß Deutschösterreich nicht zu Deutschland gekommen sei. Er gibt die Erklärung ab, daß die Sozialdemokraten nicht für die Anträge stimmen.

Dr. Mittelberger (christl.-soz.) geht auf die Einwürfe der Gegner ein, die er sehr geschickt beantwortet. Er stellt die Frage, wohin wir sollen: Die Selbstverwaltung sei zu teuer, zu Deutschland dürfen wir nicht und Deutschösterreich kann nicht leben und wir wollen nicht bei einem frakten Staatswesen bleiben. Die Koalition in Wien habe bisher nur negative Arbeit geleistet; wäre in Wien eine bürgerliche Regierung, dann wollten die Sozialdemokraten sicher zur Schweiz. Deutschösterreich ist allein nicht lebensfähig, und wenn die Regierung unser Begehrn nicht vorbringt, dann wollen wir es selbst vorbringen.

Landesrat Mitter (deutschfr.) protestierte dagegen, die Frage mit Umgehung des gesetzlichen Standpunktes zu lösen. Die Trennung der Länder von Wien müsse einmal kommen; er lehne die Einnahme des Obersten Rates ab; sein Ideal sei die Vereinigung Österreichs mit Deutschland.

Winder (Soz.) meint, sobald sich Vorarlberg von Deutschösterreich trennt, zerfällt das Reich. Redner ist für ein Aushalten bei Deutschösterreich, so lange es nur möglich sei.

Delan Fink (christl.) widerlegt, oft durch Beispiel unterbrochen, die Anwürfe der Gegner des Selbstbestimmungsrechtes. Dr. Zumtobel sucht noch kurz sein rüdes Verhalten zu rechtfertigen. Für sie gebe es nur einen Weg: hin zu Deutschland.

Berichterstatter L.-H. Dr. Ender weist entschieden und mit viel Geschick die persönlichen Angriffe Dr. Zumtobels und die Anwürfe der Sozialdemokraten zurück. Er habe nur das durchgeführt, wozu er vom Landtag den Auftrag erhalten habe. Das Volk wolle sogar noch weiter gehen. Diese Schritte könne er aber nicht verantworten.

Folgende Anträge wurden angenommen:

1. Antrag des Landesrates:

„Der Landesrat wird beauftragt, bei der Österreichischen Staatsregierung die Anerkennung unseres Selbstbestimmungsrechtes zu verlangen und dieselbe aufzufordern, unser diesbezügliches Begehrn beim Obersten Rate und dann beim Völkerbunde anhängig zu machen.“

20 Stimmen für, 7 Stimmen dagegen.

2. Antrag Meier:

„Der Landesrat wird ermächtigt, dieses Begehrn nötigenfalls selbst vorzubringen.“

19 Stimmen für, 8 Stimmen dagegen.

3. Antrag Dr. Ender:

„Das Anerbieten der Staatsregierung, dem Völkerbunde einen Antrag auf Zulassung von Verhandlungen Vorarlbergs mit der Schweiz über unsern Anschluß an dieselbe zu unterbreiten, wird angenommen, jedoch dringend ersucht, diesen Antrag jetzt schon beim Obersten Rate zu stellen und nicht auf unbestimmte Zeit zu verschieben.“

Angenommen mit 20 Stimmen gegen 2 Stimmen.

Die Sozialdemokraten hatten hierauf den Saal verlassen.

Antrag Dr. Zumtobel:

„Der Landesrat wird beauftragt, alle ihm nötig erscheinenden Vorkehrungen für den Fall zu treffen, daß unser Land infolge Auflösung Österreichs gezwungen sein wird, selbständig zu handeln.“

Einstimmig angenommen.

Antrag des Landesrates:

„Der Landesrat wird beauftragt, alle ihm nötig scheinenden Vorlehrungen für den Fall zu treffen, daß unser Land in die Lage kommen sollte, von seinem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch zu machen.“

Angenommen mit 20 gegen 2 Stimmen.

Antrag des Landesrates Loser:

„Der Landesrat hat dafür zu sorgen, daß die Stimmlisten in den Gemeinden beständig evident gehalten werden, um eine Volksbefragung auch in ganz kurzen Fristen jederzeit zu ermöglichen.“

Dieser Antrag wurde mit 20 gegen 2 Stimmen angenommen. Hierauf fand die denkwürdige Sitzung ihren Abschluß. Das Volk Vorarlbergs hat durch seine Abgeordneten den festen Willen und getan, um mit aller Kraft und unter Einhaltung des legalen Weges sein Selbstbestimmungsrecht zu erlangen. An der Regierung in Wien liegt es nun, diesem echten Gelingen zu verschaffen. Die Sozialdemokraten hatten von Streik und Unruhen gesprochen. Allgemein wird schlecht und übel vermerkt die Rede des Altbürgers Dr. Zumtobel. Die übergroße Mehrheit des Volkes steht geschlossen hinter der Mehrheit des Landtages.

Bir Erklärung dieses Standpunktes dürfte noch Nachstehendes als Ergänzung dienen:

Diejenigen Leute, die einstens Vorarlberg gelaufen haben, sind heute nicht mehr; die pragmatische Sanktion ist hinfällig geworden und infolgedessen liegt kein Rechtsgrund mehr vor, daß Vorarlberg rechtlich an Österreich gebunden bleibt. Das Vorarlberger Volk verlangt deshalb seit dem Zusammenbruch Österreichs energisch sein Selbstbestimmungsrecht und das mit gutem Grund. Das Volk von Vorarlberg war von jeher selbstständig und frei. Weder hoher Clerus und Großgrundbesitzer gab es im Lande eigentlich nie. Die eingewanderten Wallser waren von jeher frei. Als Schutzherrn hatten sie früher die Grafen von Montfort, deren Wappen heute noch Landeswappen ist. Der Bregenzer Wald hatte sogar die eigene Gerichtsbarkeit und auf dem Rathaus von Bezegg wurde Gericht gehalten. Am 22. Mai 1875 wurde die Grafschaft Feldkirch mit dem Bregenzerwald an den Herzog Leopold III. von Österreich verkauft. Die Rechte des Landes blieben dabei unangetastet. Im Jahre 1806 kamen die verschiedenen Grafschaften zu Bayern. Ein Land Vorarlberg gab es damals noch nicht. Die damaligen Machthaber haben jedoch die Rechte Vorarlbergs auf und rissen zum sichtbaren Zeichen dafür das Rathaus von Bezegg nieder. Die Erhebung im Jahre 1809 brachte dem Lande wieder die Freiheit und schließlich kam ein Teil der früheren Grafschaften (mit Ausnahme der Weiler Weiser und Simmerberg) wieder zu Österreich. Am 12. Mai 1816 räumte Kaiser Franz Josef von Österreich das Recht der ständischen Verfassung dem Lande wieder ein; die Stände aber würden nie mehr eintreten. Das Vorarlberger Volk hat sich von jeher als Republik gefühlt. Seine Einwohner waren nie Byzantiner und auch beim Militär hatten sie eine gewisse Sonderstellung. Der Landtag hatte immer das Recht, die Zahl der auszuhreibenden Kriukuten zu bestimmen und nahm jedesmal zu einer neuen Wehrvorlage eigens Stellung. Die letzten Jahre war dies nur mehr ein formelles Recht ohne Bedeutung, dasschließlich durch den Weltkrieg ganz aufgehoben wurde. Vorarlberg hatte gleich Tirol auch besondere Rechte bezgl. des Landsturmes und seine Standschützenkompanien waren vielen regulären Truppen gleichwertig. Tatsache ist, daß Vorarlberg im Krieg die zweithöchsten Verlustziffern (über 39 Prozent) hatte.

Beim Zusammenbruch machten die Vertreter des Landes ihre Rechte geltend und erklärten am 4. November im Landshause in Bregenz das Land für selbstständig und ein Zusammengehen mit der neugegründeten Republik Deutsch-Österreich nur noch für provisorisch. Vorarlberg hatte damit wieder seine eigene Verfassung, die dem Volke am meisten zusagte und Vizekanzler Hink konnte bei einer Wahlrede sagen: Der Bregenzerwald war 600 Jahre Republik und nur ungefähr 100 Jahre Monarchie und das Volk wird wie früher imstande sein, sich selbst zu regieren.

Die Machthaber in Wien anerkannten anfangs das Selbstbestimmungsrecht unseres Landes stillschweigend an. Als jedoch die Schweizerbewegung einsetzte und das Land dorthin wollte, wo ein Teil der Bevölkerung schon vor dem Krie-

hinstammte, da legte Dr. Renner in Wien dagegen Verwahrung ein. Zur Friedenskonferenz nach St. Germaine wurde als Delegierter der Landeshauptmann Dr. Ender mitgenommen. Als er jedoch vor der Friedenskonferenz die Wünsche des Landes vortragen wollte, legte der Staatskanzler dagegen Verwahrung ein (mit der Begründung, daß er sich um jeden Kilometer Boden rausen wolle und er unmöglich ein ganzes Land preisgeben könne). Man vertröstete sodann auf den Friedensschluß und als derselbe die Grenzen festzte, auf den Völkerbund.

Die Anschlußbewegung ist auch keine eigentliche partehaftliche Bewegung; es hat in sämtlichen Lagern Leute gegeben, die für und gegen den Anschluß an die Schweiz sind. Die große Menge des Volkes aber ist vor allem geschlossen für das Selbstbestimmungsrecht und den Anschluß an die Schweiz.

* * *

P. Wien, 10. Dez. Die Vorarlberger Sozialdemokraten haben als Antwort auf den Beschluß des Landtages auf Anschluß Vorarlbergs an die Schweiz mit einem Eisenbahnerstreit geantwortet, der am Samstag abend zwei Stunden lang wähnte, so daß die Abgeordneten ihre Abreise in die Heimat verschieben mußten. Sonst herrscht Ruhe im Lande.

* Bregenz, 10. Dez. Zu dem Eisenbahnerstreit, hervorgerufen wegen der Anschlußfahrze an die Schweiz, wird uns noch geschrieben: Zurzeit verkehren bekanntlich zwischen Bregenz und Feldkirch zwei Abendzüge. Die streikenden Eisenbahner ließen die beiden Abendzüge erst nach zweistündiger Verspätung, also gegen 8 Uhr abends, von ihren Ausgangsorten abfahren, so daß Hunderte von Arbeitern, die in der üblichen Weise am Samstag abends nach Hause fahren wollten, wegen dieser stundenlangen Verspätung auf die Abfahrt warten müssen. Der Verlust dieser Leute ist begreiflicherweise sehr groß und es ergibt sich die Frage, ob sich die Arbeiterschaft von einer kleinen Minderheit politischer Streiklustiger ein beträchtiges Unternehmen gefallen lassen wird.